

Opposition will Neustart für die Neue Mitte in Bruchköbel

Gemeinsamer Antrag der Oppositionen

Bruchköbel – Mit einem gemeinsamen Antrag zur nächsten Stadtverordnetenversammlung wollen die vier Oppositionsparteien die geplante Neue Mitte in Bruchköbel verhindern und einen Neustart für die Innenstadtentwicklung erreichen. SPD, BBB, FDP und UFB sehen nach der öffentlichen Vorstellung des bisher geplanten Konzeptes von Schwarz/Grün für die Neue Mitte keine Mehrheit in der Bevölkerung. „Damit werden wir in unseren Meinungen bestätigt, die wir von Anfang an gegen dieses Projekt ins Feld geführt haben“, sagen die vier Fraktionsvorsitzenden Christine Empter, Alexander Rabold, Jürgen Schäfer und Winfried Weiß.

Nicht nur für die Opposition sei bis heute unklar geblieben, was die Stadt und ihre Bürger sowie die Stadtverwaltung eigentlich benötigen, was dies kosten wird und nicht zuletzt wie dies bezahlt werden soll. „Diese Verfahrensweise ist weder rechtmäßig noch verantwortlich, sie muss gestoppt werden, damit nicht weiter Steuergelder für dieses Sackgassenprojekt verschwendet werden“, so die Antragssteller. Diese beantragen neben der Aufhebung des Beschlusses für einen Investorenauswahlwettbewerb, die dafür eingestellten Gelder in Höhe von 225.000 € für die Erstellung eines Innenstadtkonzeptes sowie Verkehrskonzeptes zu verwenden. Desweiteren soll der Magistrat erst einmal die konkreten Betriebs- und Unterhaltungskosten für die städtischen Liegenschaften, wie z.B. das Rathaus belegen.

„Wir wollen erst wissen, wohin unsere Stadtentwicklung gehen sollen, bevor wir ein einzelnes Sahnestück in der Innenstadt an einen Investor verkaufen“, betont Christine Empter von der SPD-Fraktion. Ganz wichtig ist dabei den Oppositionsfraktionen eine breite Bürgerbeteiligung, um eine hohe Akzeptanz für spätere Entscheidungen zu erreichen. „In Bruchköbel hat mit der Neuen Mitte bereits ein Mitdenken und Mitwirken der Bevölkerung begonnen, dass wir nutzen und ausbauen müssen. Diesen Schwung jetzt zu erhalten und mitzunehmen, muss die Aufgabe der kommenden Monate für alle Beteiligten sein.“

Die Opposition hebt damit hervor, dass ihnen an einer zukunftsfähigen Innenstadtentwicklung gelegen ist, aber auch links und rechts neben dem Rathaus entlang der Hauptstraße geschaut werden müsse. „Schnellschüsse nützen uns nichts, wenn die Politik Gefahr läuft, durch ein zu erwartende Bürgerbegehren wieder in die Schranken gewiesen zu werden“, so die Oppositionsparteien unisono. Um die Sache rund zu machen, beantragen SPD, BBB, FDP und UFB außerdem ein Konzept zur Sicherstellung der Nahversorgung auf den Ortsteilen sowie die Überprüfung und Weiterentwicklung des städtischen Leitbildes 2025. Dies gehöre in den Augen der Oppositionsparteien zur Wahrnehmung des demographischen Wandels in Bruchköbel dazu.